

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis:
Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldpf. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsbezirk, sowie im sonst im Verh. 75 G.-P. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nachzahlung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpf.

In Fällen d. d. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Aussträgerinnen jederzeit entgegen.

Druck und Verlag der C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 145.

Neuenbürg, Montag, den 23. Juni 1924.

Anzeigenpreis:
Die einsp. Zeile ober deren Raum im Bezirk 15, anst. 20 Goldpf., 1. u. 2. Spalte 30 Goldpf., m. 3. Spalte 40 Goldpf., Anzeigen 100% Aufschlag. Offerte und Aufnahmefrist 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverfahrens hinfallig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Preisprospekt Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

82. Jahrgang.

Deutschland.

Darmstadt, 21. Juni. Das „Darmstädter Tagblatt“ begann heute mit der Veröffentlichung einer Reihe von Scheinstudien, aus denen hervorgeht, daß die französischen Besatzungsbehörden die deutsche Polizei entlassen und die Waffen abzugeben dem separatistischen Verbotsgericht überlassen haben.

Essen, 21. Juni. Der Delegierte des Deutschen Roten Kreuzes für das Ruhrgebiet im Regierungsbezirk Düsseldorf und Essen teilte heute aus Mainz mit, daß die bisher in St. Martin de Me inhaftierten deutschen Gefangenen gestern nachmittag in Zweibrücken eintrafen und zunächst dort verbleiben werden.

Berlin, 21. Juni. Zu der Pressemeldung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, daß der Reichsverkehrsminister von der Gewerkschaft die Streichung des Streikparagrafen aus ihrer Satzung nicht verlangte, hören wir von unabhängiger Seite: Der Reichsverkehrsminister verlangte von der Reichsgewerkschaft eine dem Standpunkte der Reichsregierung entsprechende Wänderung des § 2 ihrer Satzung. Das ist zur Zeit der Streikparagraf, über eine befriedigende verbindliche Erklärung, die sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung in Einklang befindet. Der Standpunkt der Reichsregierung ist bekannt; sie erkennt nach wie vor das Streikrecht der Beamten nicht an.

Berlin, 21. Juni. Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, schlägt der Etat des Auswärtigen Amtes für 1924, der demnächst dem Reichstag zugehen wird, mit einem Aufschlag von rund 11 Millionen Goldmark ab. Den Ausgaben von rund 37 Millionen Mark stehen Einnahmen in Höhe von rund 26 Millionen Mark gegenüber. Neu eingestellt in den Etat ist der Postfachposten in der Türkei.

Tagung der Deutschen Zeitungsverleger.

Stuttgart, 20. Juni. Bei dem Begrüßungsakt im Neuen Schloß sprach nach einleitenden Worten von Direktor Eßer im Namen der württ. Zeitungsverleger Staatspräsident Vogler über die zwei beherrschenden Zeitideen: Die soziale als die Grundlage der Staaten und des Selbstbestimmungsrecht der Völker als Ausdruck ihres Freiheitsstrebens. Jedes Volk hat einen Glauben an seine Mission. Nur dem deutschen Volk fehlt diese Schwärmerkraft seines Daseins. Gerade unsere Zeit ist reich für die Mission des deutschen Volkes. Um ein gemeinsames deutsches Ideal zu schaffen, bedarf es auch der Presse. Sie hat ihr Wort einzulassen, daß den deutschen Stämmen das Recht an nationalen Zusammenkünften verleiht ist. Das europäische Problem besteht darin, einen neuen europäischen Krieg wegen dieser Fragen zu verhindern. Das Marzprogramm des deutschen Volkes arbeitet dieser Einigung vor. Diese Einigung muß das Ziel des ganzen deutschen Volkes sein. Der deutsche Zeitungsverlegerverein, welcher nicht nur wirtschaftliche Interessen verfolgt, steht hier eine hohe sittliche und geistige Aufgabe vor sich. Er ist mit seinen Mitarbeitern die stärkste Kraft in der Entwicklung der öffentlichen Meinung. Möge es den Verlegern gelingen, zu den vielen Orientierten, auf die sie Anspruch haben, vereint den deutschen Völkern zu führen, die deutsche Volksgemeinschaft wieder hergestellt und das deutsche Volk auf zu einer großen weltgeschichtlichen Aufgabe gerichtet zu haben. (Stürmischer Beifall.) Außer dem Staatspräsidenten triffen sich nachher das Wort Oberbürgermeister Dr. Lautensack, Landtagspräsident Körner, Direktor der Universitätsbibliothek, Professor Dr. Stodt, Direktor der Technischen Hochschule Stuttgart, Professor Dr. Gerbe, Handelskammerpräsident Kommerzienrat Kaufmann, Direktor Dr. Oelz, Chefredakteur Dr. Dörflinger, als Stellvertreter, Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Presse, Redakteur Adolf Keller, als Vorsitzender des württ. Journalisten- und Schriftstellervereins. Zum Schluß gab Kommerzienrat Krumbhaar-Bingnis als Vorsitzender des Vereins deutscher Zeitungsverleger ein Bild der Grundidee, nach welcher die deutsche Presse arbeitet. Er erinnerte dabei daran, welchen Reichtum an hervorragenden Vertretern des Schrifttums gerade der jüdische Stamm dem deutschen Vaterlande schenkte. Heute beginnen die geschäftlichen Beratungen.

Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Berlin, 21. Juni. Es wird heute wieder über eine Anzahl bereits richtiger gemachter Ausweisungen aus dem deutschen Gebiet berichtet. Sie betreffen 20 Personen aus Ehrenbach, 16 aus Trier, 11 aus Gerolstein, 15 aus Aachenheim, 8 aus Höflich, 7 aus Mainz, 4 aus Altmarxhausen, 3 aus Oppenheim, je 2 aus fünf und je eine aus sieben anderen Orten. Zur richtigen Einschätzung dieser Zahlen muß man sich allerdings vergegenwärtigen, daß nach einer englischen Berechnung, die auch von deutschen Stellen als richtig bezeugt worden ist, noch immer etwa 40 000 deutsche Familienoberhäupter zusammen mit ihren Angehörigen, insgesamt also 100 000 Personen, der Rückkehr in die Heimat harren. Demgegenüber bedeuten die angegebenen Zahlen natürlich nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Sehr im Widerspruch mit dem Schmutzungsanspruch, der sich, wenn man dem Bericht trauen darf, in diesen Verfügungen der Rheinlandkommission zeigt, steht eine Reihe neuer Sprechendurteile, die von den französischen Kriegsgerichten in Landau und Düsseldorf in der letzten Zeit gefällt wurden.

Die Hauszinssteuer.

Berlin, 20. Juni. Der Interkonsens des Ständigen Ausschusses des preussischen Landtages beschloß, die Hauszinssteuer vom 1. Juli ab auf 50 Prozent und vom 1. Oktober ab auf 60 Prozent der Grundvermögenssteuer zu setzen. Ein Antrag erheben sollten, wurde abgelehnt. Ferner wurde ein Antrag abgelehnt, wonach für die Dauer der Hauszinssteuer die gesetzliche Miete nicht über den Stand vom 1. April erhöht werden dürfe. Man war allgemein der Ansicht, daß man um die

Wohnungsnot und Wohnungsnotlage nicht ohne eine allmähliche Angleichung an die bisherige Friedensmiete herankommen würde, umso mehr als auch vom 1. Januar 1925 ab die Verzinsung der aufgeworfenen Hypotheken wieder eintritt. Für die kleineren Häuser wurde infolgedessen eine Ermäßigung beschlossen, als bei einem Friedensmietwert von 4 Prozent eine Abschätzung der Steuer eintreten kann. Der Finanzminister gab die Erklärung ab, daß für den Fall der Nichtzahlung der Steuer durch den Mieter dem Hausbesitzer die Zahlung der Sozialdemokraten, Demokraten und Deutschen Volkspartei wurde der demokratische Antrag angenommen, wonach vom 1. Oktober ab die landwirtschaftlichen Gebäude der Hauszinssteuer in Höhe von 600 Prozent unterliegen. Gegen diesen Antrag stimmten nur die Deutschnationalen und das Zentrum. Es wird aus dieser Steuer eine Mehreinnahme von rund 20 Millionen Mark im Jahr erwartet.

Grafprozess.

Stettin, 20. Juni. Der Vorhänger richtet zu Beginn der Sitzung noch einige kurze Fragen an den jungen Deine. Sodann wurde der Schulobmann Kalkowski, der zu jener Zeit ebenfalls der ersten Hundertschaft angehörte, vernommen. Der Junge bestätigte, daß nach der Erschießung Kalkowski auch bei den Schulobmann große Erregung herrschte. Was gerade Kalkowski äußerte, kann der Junge nicht sagen. Von der Erschießung des Leutnants Graf erzählt der Junge erst, als er am nächsten Morgen mit seinem Zug unter Führung des Leutnants Reinhardt zum Schießen kam. Auch seine Kameraden hatten von dem Vorfall bis dahin keine Kenntnis. Über die Beendigung der Belagerung erzählt der Junge, daß sie bei der Fahrt nach Stahrore zu zweien geteilt waren und bei der Vorführung zur Vernehmung er von einem Belgier mit einem Gummiknüppel geschlagen wurde. Im übrigen spielte sich seine Vernehmung ähnlich wie bei seinen Kameraden ab. Auch hier war Oberst dabei und verhielt sich ihm gegenüber. Zum Beweise dafür, daß Leutnant Reinhardt am Abend gar nicht am Tatort oder in seiner Nähe gewesen sein kann, werden Major Rod und Frau vernommen, welche bestätigen, daß Reinhardt am dem fraglichen Abend mit seiner Frau bei ihm war. Über den Charakter der Offiziere Reinhardt und Zander äußerte Major Rod nur Gutes. Beide würden sicher nicht anders zur Tat anstiften und sich selbst im Hintergedanke halten, sondern dann die Tat lieber selbst begangen. Es wird dann eine Anzahl Schulobmänner vernommen, um Klarheit darüber zu schaffen, ob wie die Belgier behaupten, am Abend vor dem Mord auf dem Balkon der Schulpolster eine Zusammenkunft mit Reinhardt stattfand, in der Kalkowski und Oberst zu der Tat angestiftet worden seien. Hiervon weiß niemand etwas. Die Verhandlung wird dann am Samstag vertagt.

Ausland.

London, 21. Juni. „Bestimmter Gazette“ zufolge zerfallene Matteotti Buch: „Ein Jahr italienischer Faschismus“, das zum Kampf gegen das faschistische Regime in Italien eine Fülle dokumentierter Ereignisse und Vorfälle enthält, während der letzten vier Monate in Italien unter der Hand, da seine Veröffentlichung aus leicht erklärlichen Gründen nicht möglich war. Zweifellos spielt dieses Buch eine bedeutende Rolle in der schon vor seiner Ermordung bestehenden Spannung zwischen Matteotti und den italienischen Behörden. Die Uebersetzung des Buches soll in kurzem in England veröffentlicht werden.

London, 21. Juni. „Morningpost“ meldet aus Kapstadt, es werde erwartet, daß General Smuts am Sonntag den Militär eintritt. General Derzog, der am Mittwoch in Pretoria eintrifft, werde dann auf Ersuchen des Generalgouverneurs ein Kabinett bilden. — Einer „Times“-Mitteilung aus Bloemfontein zufolge wurde General Derzog gefragt, ob er seine während der Wahlen abgegebene Versicherung, daß die Nationalisten keinen Versuch unternehmen würden, das konstitutionelle Verhältnis Südafrikas zu Großbritannien zu ändern, wiederholen könne. Der General erwiderte, daß die Nationalisten die Loslösung, bevor sie von der gesamten Bevölkerung gefordert würde, als eine nicht praktische Politik ansehen.

Los Angeles, 21. Juni. Als verschiedene Redner in einer Versammlung der Gesellschaft der Freunde (Lovers) in Whittier die Forderung stellten, daß die Kirche gegen den Ausschluß der Japaner ihre Stimmen erheben müsse, zog eine Menge von Männern und Frauen aus dem in der Nähe gelegenen Belvedere vor das Haus des Japaners Kawamoto und befehli ihm, die Stadt zu verlassen. Derweil wurde Polizei beordert die Kundgebung. Auf den ausgeschickten Klafaten wurde erklärt, daß als Vergeltung für die Mißhandlung von Amerikanern Japaner und Japanerinnen mißhandelt würden.

San Pedro (Kalifornien), 21. Juni. Auf den Schiffsplätzen bei Port Reardon wurden die von Angeln durchbohrten Leichen zweier Japaner aufgefunden.

Ein italienischer Protest in Paris.

Rom, 21. Juni. Die italienische Regierung hat ihren Botschafter in Paris beauftragt, die französische Regierung auf den ungünstigen Eindruck aufmerksam zu machen, den der scharfe Ton der französischen Presse und die Kundgebung der französischen Kammer zu dem Falle Matteotti in der öffentlichen Meinung Italiens hervorgerufen hat. Herriot hat den Protest des italienischen Diplomaten zur Kenntnis genommen und erklärt, er werde nichts unterlassen, um eine Trübung der zwischen beiden Nationen herrschenden Freundschaft zu verhindern.

Rom, 21. Juni. Mussolini hat die Verbreitung des „Centuro“ in Italien verboten, weil das Blatt besonders ausführ-

liche und entstellende Berichte über die Matteotti-Affaire veröffentlicht habe.

Rom, 21. Juni. Da die Opposition am 25. Juni in einer Vollversammlung eine Trauerfeier für Matteotti abhalten will, beschloß nach dem „Giornale d'Italia“, Mussolini, am 21. Juni, am Tage vorher, im Senat eine Rede zu halten, um gegenüber dem Versuch, das Verbrechen zu innerpolitischen Zwecken auszunutzen, die Haltung der Regierung im Voraus zu klären und zu zeigen, daß die Regierung alles tut, um die Schuldigen vor den Richter zu bringen. Mussolini will sich auch über die politischen Folgen äußern, die sich aus dem Verbrechen, sei es für die Regierung oder für die Opposition, ergeben. Am 25. 6. vormittags wird Mussolini eine zweite Rede halten und zwar vor der vereinigten Regierungsmehrheit der Kammer. Hier wird er die gesamte parlamentarische Lage behandeln.

Faschistenterror.

Rom, 21. Juni. In Bologna haben gestern Faschisten ein Postamt überfallen, das 30 000 Nummern des „Quotidiano“ und zweier weiterer sozialistischen Blätter enthielt und sämtliche Zeitungen verbrannt. Der Präfect von Bologna hat daraufhin sein Bedauern übermitteln und versprochen, die Urheber des Attentats gerichtlich zu verfolgen.

Nach wie vor Ruhebesetzung?

Paris, 21. Juni. Der „Reit Parisien“ erklärt zu der bevorstehenden Verhandlung in Chequers, der Punkt, worüber man sich vor allem einigen müsse, sei die militärische Besetzung. Die französische Regierung erklärte, daß nach dem Sachverständigenbericht die Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit keinesfalls den Verzicht auf die militärische Besetzung in sich schließt. Macdonald erklärte, obwohl er die Besetzung des Ruhrgebietes niemals anerkannt hätte, den belgischen Ministern, er wolle nicht auf die Vergangenheit zurückkommen. Man müsse daraus schließen, daß ein Einverständnis auf der Grundlage der auf ein Mindestmaß herabgesetzten Besetzung, die unsicher sei, möglich wäre. Diese Besetzung hätte progressiv nach Abschluß der Erfüllung der Verpflichtungen durch Deutschland zu Ende zu gehen. Herriot beschloß nicht, noch einen Tag länger als nötig im Ruhrgebiet zu bleiben. Was die Garantiefrage anbelangt, so erklärte Macdonald belgischen Ministern, im Falle daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfülle, werde es Frankreich, England und Belgien unerbittlich und einig finden. Er gab jedoch keine Auskunft über die Sicherheit und die Garantien, die in diesem Falle mit gemeinsamen Einverständnis getroffen werden sollten. Ebenso wenig sei ein Einverständnis über das Regime der Rheinischen Eisenbahnen erzielt, wodurch die Regierung Belgiens die Sicherheit der Besatzungstruppen habe gewährleisten wollen. Schließlich sei das Sicherheitsproblem zu behandeln. Diese Frage sei niemals zwischen der Regierung Macdonald und der französischen Regierung erörtert worden. Herriot sprach von den Sicherheitsbedenken unter der Kontrolle des Völkerbundes. Können wir hierdurch Befriedigung erlangen? Die Verhandlungen, die heute in Chequers beginnen, würden vielleicht einige Andeutungen über diese Frage bringen.

Freischied über Damesbericht und Militärkontrolle.

Paris, 21. Juni. Der deutsche Reichsdeputationskommissar Dr. Freischied erklärte einem Vertreter des „Centuro“, daß er bei dem französischen Ministerpräsidenten weder einen offiziellen noch einen informellen Auftrag zu erfüllen habe. Er kenne Herriot seit drei Jahren und wolle diese Bekanntschaft erneuern. Herriot sei dem besten Willen erfüllt, um den Frieden in Europa herbeizuführen und eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen. Ein Einverständnis zwischen beiden Ländern sei möglich. Deutschland habe den Dames-Bericht durch die Abstimmung des Reichstags angenommen, und die deutsche Regierung bereite gegenwärtig Durchführungspläne vor. Da auch alle anderen Regierungen den Bericht annehmen oder anerkennen werden, so habe man die Grundlage für die Pazifizierung Europas gefunden. Freischied bedauerte die Erklärung Herriot's über die Räumung des Ruhrgebietes, die man in Deutschland nicht verstehen werde. Denn alle Garantien und alle notwendigen Forderungen seien bereits im Sachverständigenbericht vorgegeben. Wenn Frankreich andere Garantien und andere Forderungen haben wollte, so wäre dies der Keim für neue Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten. Denn der Sachverständigenbericht bezwecke nicht eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, sondern er sei die Grundlage für die europäische Wiederherstellung. Infolgedessen habe Frankreich nicht das Recht, anders als die im Dames-Bericht vorgesehene Forderung zu verlangen. Die Militärkontrolle durch alliierte Offiziere verleihe die öffentliche Meinung in Deutschland. Wenn man in Deutschland Rüstungen vornehme, die der Versailler Vertrag gebiete, so würden diese niemals geeignet sein, den Krieg gegen Frankreich zu ermöglichen. Diese heimlichen Rüstungen seien nur eine Gefahr für die deutsche Republik und für die revolutionären Arbeiter. Die sozialistischen Arbeiter müßten diese Rüstungen verhindern. Bezüglich der letzten Note der Botschafterkonferenz in der Frage der Militärkontrolle habe die Reichsregierung noch keinen Beschluß gefaßt, doch ist Freischied überzeugt, daß das Reichskabinett alles tun werde, um zu verhindern, daß die Frage der Kontrolle ein Einverständnis mit den Alliierten bereite. Die beste Sicherheit werde übrigens die Wiederherstellung zwischen Frankreich und Deutschland sein. In Deutschland erwartet man die Befreiung aller im Ruhrgebiet gefangenen Genossen und die Erlaubnis der Rückkehr für alle Ausgewiesenen, weil diese nur als deutsche Unterthanen und Patrioten handeln.

Ein Geheimnis im Matteottimord.

Paris, 21. Juni. Aus Rom wird gemeldet, daß dem „Reisagers“ zufolge Damini im Verlaufe seines letzten Berichtes das

Es war unterem Seiten hoch erht recht wohl, als am nächsten Sonntag die zweite, reichhaltige Ausgabe seiner „Kolonisation“ ersolge. Sie ist aber am Erscheinungstage seiner „Kolonisation“ aus der Hand führte, wurde er von den Seiten mit „Kolonisation“ be-

esoper.) Der
ist in seinen
los, während
et Mittel von
mit seinem
Verachtung zu
Männer noch
er Sichter von
Unterhaltung
einerseits und
der Wirt-
diesem fuhr
das Ende der
die Seitinger
he heimreisen
von dem Rör-
einen Stich
sein Knecht
steigte sich auf
Herz geteilt.
auf, konnte
sich gleich auf
da und da
wurden dann
zu werden.
er von 36 bis
den Bewachung.
des Hagen-
des Jünglings,
mal unüber-
der Obsterrog
und beschuldig.
leichnamstag
aus Engels-
Routen. Er
antief. Nach
den Fluten.
den erkrankt
von Karle-
interum-
ele an der
Zeit mit
em Zustand
des Koffiden
Kameraden
hatte seinem
Amerikaner
st gestorb-
ausge-
besten und
st Gestorbe-
ein Sam-
it über-
Seite er-
gländ. Das
t, so daß
Frage der
klärt. Am
richtnis, und
trobte statt.
die Wirt-
zeit Früh-
eine ständige
stlich selb-
500 Selbst-
Wern des
Rarmor-
die einen
den Weib-
ndigkeit und
ten darauf
meißelnde
Poare
de ihre
frenbar
chloß
den in
bestelt.
st er-
klärter
einem
le ge-
dem
le auf
kam
schast-
kaum
Unter-
in
kte er
geschürt
um so
sch das
tungen
n. Am
einem
Kur-
mäßige
tloga-
be An-
ge Herz
weche
ich sie
nd Ne-
dovon-
er mit
er Lang
ste den
n. Soß
zu an
nigti

Hand des Künstlers geführt hat. Denn Bernard Jaudot ist blind. Er erhielt im zweiten Jahr des Weltkriegs einen Kopfschlag, der ihn des Augenlichts beraubte. Mit eiserner Energie hat der Künstler daran gearbeitet, das Gesicht durch seinen Taktinn zu ersetzen, und wie gut ihm das gelungen ist, beweisen schon die plastischen Kunstwerke, die er in den früheren Salons ausstellte. Die heute ausgestellte Gruppe erbringt einen neuen vollständigen Beweis für die Höhe der Leistungsfähigkeit, die der blinde Künstler erreicht hat.

Der erste Proseß Millerands. Millerand beabsichtigt, seine Advokatenlaufbahn wieder aufzunehmen. Man weiß, daß er als langjähriger Rechtsbeistand des „Comite des Forges“ über einen großen Ruf verfügt. Kaum ist nun seine Demission bekannt geworden, als ihm zwei große Pariser Finanzinstitute die Fortführung von zwei Projekten übertragen haben, die bisher Viviani in Händen hatte, aber krankheits- halber aufgeben muß. Das Streitobjekt bezieht sich auf 60 Millionen.

Tödtlich verunglückt. Nach einer Meldung aus Böhmen sind die beiden Mitglieder der Mount Everest-Expedition Mallory und Irvine bei dem letzten Versuch, der zur Aufbe- kung des Berges gemacht wurde, tödlich verunglückt. Die übrigen Mitglieder der Expedition sind darauf nach ihren Aus- gangsposten zurückgekehrt.

Opfer eines Felssturzes. Ein Sanftmütiger raste in der Mittagsstunde unter einer Felsplatte bei Böhmisch-Leipa. Während das Kind der Leute ins Dorf geschickt war, bereite- ten die Eltern das Mittagmahl. Wählich ging ein Felssturz nieder und verdrängte die Kasten. Der zurückbleibende Knabe fand die Eltern schwer verletzt, aber noch lebend unter den Trümmern. Ehe er aber aus dem Dorfe Helfer bringen konnte, war ein neues Felsstück niedergebrochen und hatte die Leute gänzlich verdrängt. Die Vergang der Leiden ging unter großen Schwierigkeiten vor sich.

Ein Millionär als Droschkenführer. Der 63jährige Dub- liner Droschkenführer William Proton ist durch einen eigen- artigen Zufall Erbe eines Landhauses im Werte von 80 000 Pfund geworden. Er erschien dieser Tage auf dem Polizeiamt, um seine Lizenz zu erneuern, und da erzählte er: „Seit 42 Jahren fahre ich in Dublin meine Droschke, die vorher mein Vater gefahren hat. Durch ein in meinem Wagen liegen ge- lassenes Zeitungsbüchlein, in dem sich der Kaiser nach dem näch- sten Erben einer Mrs. Jane Nabella Lewis befragt, wurde ich einigermaßen erregt. Denn ich wußte, daß Mrs. Lewis eine Taube von mir war, deren Mann ins Unterhaus gewählt wurde und später am hohen Gerichtshof tätig war. Ich schrieb an den unterzeichneten Kavalier.“ Das Gericht tat das übrige. Es hat ihm jetzt mitgeteilt, daß er als einziger Erbe des wertvollen Landbesitzes in Frage komme und ihm schon jetzt einen Vorbe- trag von 200 Pfund überweisen. Proton hat aber trotz der Erbansprüche seine Droschkenlizenz erneuert, denn er will ein- weilen seinem Berufe treu bleiben. Für seine Droschke herrscht in Dublin jetzt sogar eine außerordentlich hohe Nachfrage, denn alle Welt will in der Hauptstadt sitzen, in der der Kaiser zum reichen Mann geworden ist.

Große Lebensmittelkäufe für Mitteleuropa sind in New- York getätigt worden. Die Zettverkäufe nach Deutschland haben jedoch infolge des Mangels an Karmitteln einen weiteren Rückschlag erfahren.

Sonntagsbelegung in New-York. Vor dem Gericht des amerikanischen Staates New-York spielt gegenwärtig ein Proseß, der gleichzeitig nicht weniger als 20 000 Angeklagte betrifft. Fünf protestantische Gemeinden haben nämlich gemein- sam mit dem „Verband zur Heiligung des Tages des Herrn“ eine Reihe von Klagen zur Anzeige gebracht, die auch Sonntags- Verkäufe betreffen. Sie wußten nicht, daß sie gegen ein Gesetz der Sonntagsbelegung verstießen, das aus dem Jahre 1788 stammt und unter dem Namen „Bill Pen“ im amerikanischen Gesetzbuch bekannt ist. Die Kläger selbst waren von der Anlage ebenso überrascht wie die Angeklagten. Denn das Gesetz, das aus der Zeit des krossen Puritanismus in Amerika stammt, war fast in Vergessenheit geraten. Am Sonntag darauf mußten die gesamten Polizeikräfte New- Yorks aufgeboten werden, um alle diejenigen zu verhaften, die das Gesetz übertreten. 8000 Grammatikschüler wurden, an diesem Tage beschlagnahmt. Die gesamte Öffentlichkeit ist gespannt auf das Urteil dieses Konstreproseßes.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 22. Juni. Auf der Tagesordnung der am Freitag, 27. Juni, nachmittags 4 Uhr, stattfindenden Sitzung des Landtags stehen 24 Punkte, wie eine Große Anfrage der Kommunisten, die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1924, eines Gesetzes über neue Fassung des Verfassungsgesetzes für Württemberg, sowie verschiedene Anträge der Ausschüsse.

Stuttgart, 22. Juni. Heute nachmittags gegen 4 Uhr wurde in einem Hause der Möhringerstraße eine Frau in ihrer Wohnung schwer verletzt und blutüberströmt aufgefunden. Sie hat gleich nach ihrer Auffindung, ohne Angaben machen zu können. Gleber die Umstände der Tat und die Person des Täters herrscht noch Dunkel, wenn auch bereits eine bestimmte Spur verfolgt wird.

München, 21. Juni. Die vom Völkischen Bund in Bayreuth für Sonntag geplanten Sommerfesten wurden verboten. Die hier- gegen eingelegte Beschwerde ist verworfen worden.

Regensburg, 22. Juni. Der „Regensburger Anzeiger“, der dem Vorherrschen der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Heid, nahesteht, schreibt zur Regierungsbildung in Bayern u. a., es sei zu hoffen, daß in Würde nach der programmatischen Seite eine Einigung erzielt werde. Zur persönlichen Seite wird betont, die Partei, die den Minis- terpräsidenten stellen müsse, könne sich niemals des entscheidenden Einflusses auf die Auswahl der Persönlichkeiten irgendetwas begeben. Zur Verteilung der Minister auf die einzelnen Koalitionsparteien habe die frühere Koalition aus Bayerischer Volkspartei, der Mittel- partei und dem Bauernbund ein Schema vorgeschlagen, das dem Stimmverhältnis der beteiligten Parteien entspreche. Dieses habe sich im neuen Kontext nicht verschoben, jedoch kein berechtigtet An- laß zu einer Änderung des Verteilungsschlüssels vorliege.

Wiesbaden, 21. Juni. Bei der heutigen Regierung ist heute die Nachricht eingegangen, daß das Ministerium gegen die Einreise und die Amtübernahme eingelegte Beso gegen den Regierungspräsidenten Dr. Hänsch von der Interalliierten Kommission zurückgezogen worden ist.

Wien a. Rh., 21. Juni. Der Generaldelegierte des deutschen Roten Kreuzes für das Rheinland teilt nach der „Kölnischen Ztg.“ mit, daß die bisher in St. Maritz de Re literierten deutschen Ge- fangenen heute nachmittags in das Gefängnis in Zweibrücken einge- liefert worden sind.

Leipzig, 22. Juni. Vor dem Staatsgerichtshof wurde gestern über eine Klage Thüringens gegen das Reich verhandelt, auf Über- nahme der kurzen Bahndreieck Lübnitz-Görs-Verkehr durch das Reich. Den Vorsitz führte Reichsgerichtspräsident Dr. Scharn- hagen wurde durch den Ministerialdirektor Dr. Rauch vertreten. Der Staatsgerichtshof gab dem Eventualantrag Thüringens statt und entschied, daß die seitler meinstimmige, seit thüringische Staatsbahn Lübnitz-Görs-Verkehr am 1. April 1921 gemäß Art. 171 der Reichsverfassung auf das Reich übergegangen sei.

Dresden, 21. Juni. In den letzten Tagen ging durch die Reichs- zahl der deutschen Zeitungen die Nachricht, daß amerikanische Banken, insbesondere auch die National-City of New-York, sich mit der Absicht trügen, Filialen in Deutschland zu errichten. Der Präsi- dent der National-City-Bank drängte das Bankhaus Ober-

Kunhold, Dresden-Berlin telegraphisch, diese Nachricht, soweit sie sein Institut betrifft, zu demütieren.

Weimar, 21. Juni. Gestern abend ging ein schweres Gewitter mit einem Volkssturm nieder. Das ganze Tal bis an die Stadt wurde in einen See verwandelt und der Bahndamm der Strecke Eisenach-Küstenort auf eine Strecke von 300 Metern unterspült. Der Jagortschicht war unterbrochen und konnte erst heute vormittag wieder hergestellt werden. Viel Vieh dürfte umgekommen sein.

Berlin, 23. Juni. Eine Versammlung der Nationalliberalen Vereinigung Berlin-Brandenburg, die gestern im Reichstag tozte, beschloß die Gründung der Nationalliberalen Reichspartei. Die zum Aufbau der Parteiorganisation erforderlichen Arbeiten sollen ins- besondere im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in Preußen unverzüglich in Angriff genommen werden. Es wurde sofort ein Organisationsausschuß aus 40 Mitgliedern gebildet, und zum Vor- sitzenden der Partei der Reichstagsabgeordnete Dr. Marzill gewählt.

Berlin, 21. Juni. Gestern nachmittags wurde auf der Trainier- bahn in Karlshorst eine unbekannte etwa 28-30 Jahre alte gut gekleidete Frau tot aufgefunden. Die Leiche weist eine Schußwunde in der linken Brust auf. Allen Anscheins nach liegt ein Raubmord vor.

Berlin, 21. Juni. Der Reichsminister des Innern Dr. Strese- mann telegraphierte an die Tagung des Vereins Deutscher Zeitungs- verleger: „Ich habe mir fest vorgenommen, an Ihrer Tagung teil- zunehmen und bedauere nur das lebhafteste, daß mir dies unmöglich geworden ist. Die gegenwärtigen außerpolitischen Verhandlungen gestatten es mir leider nicht, auf längere Zeit von der Reichshaupt- stadt abzuweichen zu sein, jedoch es mir nicht möglich war, nach Stutt- gart zu kommen. Ich bitte deshalb, mein Fernbleiben freundlichst zu entschuldigen und benütze diese Gelegenheit, Ihnen meine auf- richtigsten Wünsche für den Erfolg Ihrer Tagung zum Ausdruck zu bringen. Gerade zu einer Zeit, in der mehr wie sonst das Bestreben und Neuaufleben selbständiger Zeitungsunternehmungen eine drin- gende Notwendigkeit ist, um nicht auch das geistige Leben verfallen zu lassen, kommt den Beratungen des Vereins Deutscher Zeitungs- verleger besondere Bedeutung zu. Ich wünsche Ihren Beratungen vollen Erfolg.“

Berlin, 21. Juni. In der Presseneldung der Reichsgemeinschaft deutscher Eisenbahnen, daß der Reichsverkehrsminister von der Gewerkschaft die Streichung des Streikparagrafen aus ihrer Satzung nicht verlanget, hören wir von zunehmender Seite: Der Reichsverkehrsminister verlanget von der Reichsgemeinschaft eine dem Standpunkte der Reichsregierung entsprechende Abänderung des § 2 ihrer Satzung, d. h. jenseit der Streikparagrafen oder eine be- friedigende verbindliche Erklärung, die sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung im Einklang befindet. Der Standpunkt der Reichs- regierung ist bekannt. Sie erkennt nach wie vor das Streikrecht der Beamten nicht an.

Berlin, 21. Juni. Wie der „Zeit“ zufolge verlautet, wird der deutsche Postchef in Paris, Hölz, in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen, um über seine Besprechungen mit Herrist Bericht zu erstatten. Der amerikanische Postchef in Berlin, Houghton, begibt sich am Sonntag nach den Vereinigten Staaten. Das Blatt nimmt an, daß auch diese Reise mit dem Sachverständigenrat und seiner Durchführung in Verbindung stehe. Inzwischen seien die Vorbereitungen zur Durchführung des Dames-Berichts weitergeführt worden. Die Eisenbahnvorlage sei in zweiter Lesung erledigt; etwas mehr Schwierigkeiten dagegen bereiteten die Beratungen über die Befreiung der Industrie, jedoch hoffe man, auch damit bis zum 30. Juni fertig zu sein. In der Frage der deutschen Antwort auf die Note der Postkongress über die Militärkontrolle ist, wie das Blatt mitteilt, noch keine Entscheidung getroffen. Das Reichs- kabinett werde sich erst am Montag über die Antwort endgültig schlüssig werden. Jedenfalls werde die deutsche Regierung bis zum 30. Juni antworten.

Berlin, 21. Juni. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte hatten sich die beiden Direktoren der Continentalen Wasserwerke, die die Gemeinde Hethaus mit Leitungswasser versorgen, wegen Wasser- wenders zu verantworten. Der Geldstrafe von 28 Pfennigen für den Kubikmeter war auf 36 Pf. heraufgesetzt worden. Die beiden Angeklagten wurden zu je 6 Monaten Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe verurteilt. — Die Brenzlauer Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Schönschlag wegen Raubmordes zum Tode. Der Ver- urteilte hatte einen Händler und dessen Ehefrau auf der Landstraße in Angermünde überfallen. Nachdem er das Ehepaar betäubt hatte, gab er noch auf jedes der drei Neulocherstücke ab, an deren Folgen die Frau gestorben ist.

Kon, 23. Juni. Wie verlautet, wird der heutige Ministerrat über die Reorganisation der Nationalmiliz beraten, die dem Heer angegliedert werden soll. Zudem lie dem Kriegsminister unterstellt wird, soll die Miliz den Charakter einer Parteieinrichtung verlieren. General Debono übergibt das Kommando an den General Giordano.

Rom, 22. Juni. Rossi, normals Leiter des amtlichen Pressebüros, nach dem die Polizei jehadelt, hat sich heute nachmittags den Gerichts- behörden gestellt.

Rom, 21. Juni. Der Umstand, daß der ehemalige Presse- chef noch nicht ergriffen und der frühere Generaldirektor der Volkspartei von der Justiz noch nicht verfolgt wird und auch von der Leiche noch keine verlässlichen Nachrichten gegeben werden können, hält die Presse wie das Publikum in Aufregung. Nicht nur die moralische, sondern auch die politische Seite der Frage wird von den Blättern lebhaft erörtert. Die Sozial- len verlangen sorgefetzt den Rücktritt des Kabinetts. Die Turiner „Stampa“ führt aus, daß keine Partei die Regierung zu übernehmen wüßte, obgleich sicher sei, daß das jetzige Ka- binett unmöglich auf dem Boden bleiben könne. Die Gefahr, daß durch diesen Rücktritt Italien in einen bolschewistischen Zustand juridisches könne, besche nicht mehr. „Popolo“, das Organ der katholischen Volkspartei, verlangt nur, daß wie- derum geschlechte und verfassungsmäßige Zustände eintreten und das System der unbefristeten Gewalttätigkeiten aufhöre. „Mondo“ wendet sich gegen diejenigen Regierungsbüchler, die behaupten, es gebe nur die Wahl zwischen Mussolini und dem Bürgerkrieg. „Giornale d'Italia“ führt, daß das ausgeübene Verdrängern im Ministerium des Innern die Verdienste, welche sich Mussolini im Kampfe gegen den Bolschewismus er- worden habe, nicht schmälern dürfe. Wer die Säuberung im Ministerium des Innern wie auch in den Provinzialverwaltun- gen müsse gründlich und energisch weitergeführt werden, und das Bestreben müsse wieder funktionieren.

Paris, 22. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Aachen hat die belgische Militärpolizei dort mehr als 100 Hausdurchsuchungen vor- genommen. Auch einige Verhaftungen sind erfolgt. Angeklagt sind auch neue Dokumente und Waffen beschlagnahmt worden. Des- gleichen haben in Düsseldorf 250 Hausdurchsuchungen und 40 Verhaf- tungen stattgefunden, bei denen ebenfalls Schriftstücke beschlagnahmt worden sein sollen.

Paris, 22. Juni. Nach dem Brüsseler Korrespondenten des „Echo de Paris“ wird Herrist am Montag abend in Brüssel an- kommen und von König Albert empfangen werden. Die französisch- belgischen Botschaften werden am Dienstag vormittags um 9 Uhr im Außenministerium beginnen und sich bis zum Nachmittagsende ausdehnen.

30. Hauptversammlung des Deutschen Zeitungsverlegervereins.

Stuttgart, 21. Juni. In Gegenwart des Reichsministers des Innern, Dr. Jarres, des Ubers der Pressenleitung der Reichsregierung, Dr. Spierer, des Präsidenten Tillo vom Reichsjustizministerium, mehrerer württembergischer Minister und sonstiger Vertreter von Behörden begrüßte heute vormit- tags der Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Kommerzienrat Dr. Krammhaar-Zeiguh, die 30. Hauptver- sammlung des Vereins unter Hinweis auf ihre Bedeutung als Vätertagung, und teilte mit, daß Reichsminister Jarres und Au- ßenminister Dr. Stresemann, die ihr Erscheinen angefragt hät- ten, zu ihrem lebhaften Bedauern wegen dringender dienstli-

Der Rumtopf.

Von Curt Seibert.

„Wir müssen einen Rumtopf haben“, sagte meine Frau. „Was ist denn das?“ „Das ist ein erschreckend ungebildeter Mann geheißen habe, weiß ich, aber daß da einen Rumtopf nicht kennt, ist einfach empörend. Man nimmt vier Liter Rum, schüttet sie in einen Steintopf, dazu lauter Früchte, Erdbeeren, Kirichen, Johannisbeeren, Birnen, Kisse, Himbeeren, Kirschen, Bir- sische, Trauben. Das mischt man, tut Zucker hinein und läßt es stehen.“ „Wie lange?“ „Und wann ist er gut?“ „Sobald man ihn essen kann!“ „Dagegen war nichts zu sagen. Wir kauften also einen Steintopf und die nötigen Früchte, und ich sah tagelang in der Küche und half Birnen schälen, Kisse waschen, Johannis- beeren waschen, Kirichen entkernen. Dann warfen wir alles in den Topf, pösten vier Liter Rum darüber, mischten Zucker hinein, banden ihn zu und stellten ihn in die Speisekammer. Am Tage darauf trat unser neues Mädchen seinen Dienst an. Sie hieß Andalka und war vom Lande. Als sie drei Stunden im Dienst war, warf sie die Käseglode in den Müll- eimer, wodurch dieser nicht beschädigt wurde. Die Glode war kaputt. Ich stellte Andalka zur Rede, aber sie lachte mir und torkelte mit dem Geschirr gegen das Bäckerbrett. Schiller und die Marit, die bei uns nebeneinanderstehen, fielen zu Boden, taten sich aber nichts. Das Geschirr lag in Scherben auf dem Teppich. Da entließen wir schweren Herzens Andalka. Und nahmen eine andere. Sie hatte krumme Beine und war auch sonst recht anstaltig. Meine Frau war abwesend, und sie lachte mir Bagout. Als sie es so serkdot hatte, daß das ganze Haus wie ein angebranntes Krematorium ruch, meinte sie weiter: „Das ist Ihr Lieblingsgericht? Na, das schmeckt aber merkwürdig!“ Dieses Mädchen war immer beiter wie ein latter Säug- ling. Sie grölzte veraltete Soldatenlieder und stand fest auf den Beinen. Wenn sie auftrag, ließ sie mit den Tellern an die Suppentische und gab die Saure ins Kompott. Ihre Arme schwenkte sie heid, nichts konnte sie halten. Als sie unsere schöne Kristallkaraffe in die Plamengrube setzte, daß die Scherben der Karaffe und der Tontöpfe sich auf dem Tisch- bärrel harmonisch vereinigten, entließen wir sie. Und nahmen eine andere. Diese war durchaus nicht zu gebrauchen. Sie war außerst klug, aber leider zu klug. In rosendem Tempo jagte sie durch die Stuben, lachend, frohge- mut. Mit Tränen der Freude in den Augen holte sie unieren Kronleuchter mit dem Besen herunter. Einen Balzer tan- zend, lockte sie harte Bier, bis sie zu Granitblöden wurden. Den Bahn im Wohnzimmer ließ sie sechshunddreißig Stunden offen stehen, bis die Leute unter uns kamen und sagten sie mühten bereits in Räbinnen durch die Stuben fahren. Als sie aber mit dem zweiten Teil von Haus Feuer anmachte, woll- ten wir sie entlassen, aber am nächsten Tage hatten wir Ge- sellschaft. So mußten wir sie noch behalten. Ich sagte mit- tags zu meiner Frau: „Morgen machen wir den Rumtopf auf!“ „Gegen Abend kündigte Elsa, wachte ihre Sachen und jagt dahin, dahin... Als wir am anderen Tage den Rumtopf öffnete, waren noch drei Eßschüssel drin. Und jetzt endlich wußten wir, errens, wozu man einen Rumtopf einlegt, und zweitens, warum alle unsere Mädchen immer so vergnügt waren. über Angelegenheiten nicht erscheinen konnten. Der Vorstehende schlag die Absendung eines Begrüßungstelegrammes an den Ehrenpräsidenten des Vereins, Dr. Robert Haber-Wagberg, vor, was mit großem Beifall beschlossen wurde. Dr. Kramm- haar ging dann im Einzelnen auf die außerordentliche Ent- wicklung des vergangenen Geschäftsjahres ein und stellte mit Vergnügen fest, daß der Verein zur Zeit nicht mehr gezwun- gen ist, seine ganze Tätigkeit und Arbeitskraft auf die Be- wältigung wirtschaftlicher und materieller Fragen einzustellen, sondern sich wieder in weit höherem Maße als bisher den gro- ßen geistigen, ethischen Belangen des Zeitungsweins zuwen- den kann. Der Redner verührte auch noch die Frage des Journalstengesehes. Reichsinnenminister Dr. Jarres ging, nachdem er namens der Reichsregierung für die Einladung herzlich gedankt hatte, auf diese Frage näher ein. Der Mini- ster gedachte dann der aufbiederungsvollen Eingabe der Ver- leger im besetzten Gebiet an das Vaterland und teilte mit, daß bisher 10 Verleger zwangsweise die Heimat verlassen mußten und daß über 500 Zeitungen im besetzten Gebiet durch Gewalt- akte unterdrückt worden seien. Im weiteren Verlauf der Ta- gung nahm Dr. Simon, Frankfurt a. M., Vorsitzender des Ar- beiterverbandes für das ganze Zeitungsgebiet, in ausführ- licher Rede Stellung zur Frage des Journalstengesehes. Er schilderte die Schwierigkeit und teilweise Unmöglichkeit, die Begriffe öffentlicher Interesse, Verste, Redakteur und Verleger eindeutig und erschöpfend zu bestimmen. Dr. Garpe, Berlin, wies auf die Gebaltsregulierung hin, die seit Ende der Infla- tion in einem für die Journalisten durchaus günstigen Sinne geist sein und hob weiter besonders die Reittiefe der deutschen Presse hervor, die in erster Linie dem Verantwortungsgefühl und dem Idealismus der deutschen Verlegerenschaft zu verdanken sei. Er rief der Regierung zu: Hände weg vom Journalisten- gesetz! Die deutsche Verlegerenschaft ist rein und wird ihr Haus auch weiter rein halten. — Reichsminister Dr. Jarres nahm nochmals zu längeren Ausführungen das Wort, um den Standpunkt der Regierung darzulegen, die einen Ausgleich

Wenn

man etwas verkauft,
vermietet oder ver-
pachtet oder etwas
sucht, so bringt man
eine Anzeige im
„Euztärer“

Die große Verbreitung in allen Bevölkerung-
schichten sichert Erfolg.
Bei Anfragen am Auskunft von der Geschäftsstelle
des Blattes ist stets das Porto für Rückantwort oder
für Weiterbeförderung der Angebote usw. beizufügen.

wischen den entgegengesetzten Ansichten erstrebe. Ihm erwiderte noch Dr. Jaenede, Hannover, und Professor Wolff, Dresden, der in seinem Schlusswort nochmals entschieden die Auffassung der deutschen Verleger betonte. — Damit war die Frage des Journalistengesetzes erledigt, und die Versammlung wandte sich den anderen wichtigen Fragen des Zeitungswesens zu. Ueber die Papierfrage referierte der Erste Stellvertreter des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Direktor Müller, über die Arbeitgeberfragen Assessor Scheuer-Berlin. Die ausstehenden Mitglieder des Vereins wurden durch Juristen einstimmig wiedergewählt. Ebenso wurden die vorgeschlagenen Satzungsänderungen angenommen. Damit hatte die diesjährige Versammlung, die an Teilnehmern reichste und in ihrem Verlauf glänzendste seit Bestehen des Vereins, ihr Ende gefunden. Als Sitz der nächsten Versammlung wurde Königsberg gewählt.

Friedrichshafen, 22. Juni. Die 30. Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger fand heute mit einem Ausklang von Stuttgart wieder ihren Abschluss. Als die Sonderausschüsse „Friedrichshafen“ und „Dobentwiel“ nach mehrstündiger, durch trübendes und teilweise regnerisches Wetter etwas ungünstig beeinflussten Rundfahrt auf dem Bodensee auf die Höhe von Jannersdorf kamen, näherten sich zwei Metallfluggewisse vom Fluggesellschafts-Dormier und führten glänzende Manöver in der Luft und auf dem See aus. Nach der Rückkehr nach Friedrichshafen erfolgte eine Besichtigung des in der Hiesenhalle der Seewerke bis auf den Einbau der Motoren fertiggestellten, für Amerika bestimmten Luftschiffes. Dr. Edener hielt die Gäste herzlich willkommen und gab seiner Freude Ausdruck, sie an der Wirkungsstätte des Grafen Zeppelin begrüßen zu können, für dessen Unternehmen sich einmal eine große nationale Bewegung erhoben habe, wie man sie heute wieder wünschen möchte. Dr. Edener teilte mit, daß die Presse rechtzeitig verständigt werde, sobald die Probeflüge des Luftschiffes beginnen würden. Kommerzienrat Dr. Reven-Dumont-Köln dankte für den freundlichen Empfang, pries die unvergänglichen Verdienste des Grafen Zeppelin, der den Versäiler Frieden nicht mehr erleben mußte, und befand sich unter dem überwältigenden Eindruck des Luftschiffes die große Freude, zu sehen, was die Schüler des Grafen an deutscher Kunst, Technik und Wissenschaft geleistet haben. Er hoffe, daß dieses Schiff nicht das letzte sein werde, das diese durch den Versäiler Vertrag zum Abbruch bestimmte Halle verlässe, und daß die Welt immer neue Erfolge haben werde zu Deutschlands Ehre und Ruhm in wissenschaftlicher und technischer Friedensarbeit. Er schloß: Welt und Erfolg der Zeppelin-Gesellschaft und ihren Führern und dem Schiffe eine glückliche Fahrt nach Amerika! Begeistert stimmte die Versammlung in das Hoch auf die Zeppelin-Gesellschaft ein und sang das Deutschlandlied. Eine Zusammenkunft im Kurgartenhotel beschloß die unter der Leitung von Direktor Esser-Stuttgart in allen Teilen glänzend verlaufene Tagung.

Die Wahlen zum anhaltischen Landtag.

Deßau, 23. Juni. Die Wahlen zum anhaltischen Landtag sind ruhig verlaufen. Bis 12 Uhr nachts lagen bis auf 2 industrielle Gemeinden, die möglichst noch eine kleine Veränderung bringen können, die Ergebnisse vor. Darnach ergaben: Deutsche Volkspartei 6 Sitze, Bodenreformer 1, Demokraten 1, Landbund 3, Deutschvölkische 2, Deutschnationale 4, Handelsvereine (Stadt und Land) 1, Wirtschaftspartei 1, Kommunisten 4, Sozialisten 13. Die einzelnen bürgerlichen Gruppen waren mit den Hauptgruppen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen eine Listenverbindung eingegangen, wodurch die einzelnen Reichstimmungen gegenseitig verrechnet wurden.

Grabbegräber.

Stettin, 21. Juni. Heute wird zunächst Fraulein Gabriel vernommen, eine Freundin des von den Belgieren verurteilten Schwabbeamteten Grabert. Nach Schilderung der Vorgänge sei Grabert nicht als Mitschuldiger anzusehen, da sie mit ihm in der fraglichen Zeit zusammen war. Nach dem Verhör sagte

einer der Belgier unter Bedrohung mit der Waffe zu ihr, was sie da gesagt habe, werde sie sehr bereuen. Die Zeugin ist aber zu der Hauptverhandlung in Kachen nicht geladen worden. Die dann vernommenen Eltern der Zeugin Gabriel bestätigten im allgemeinen die Schilderung ihrer Tochter auch. Zwei weitere Zeugen können bezeugen, daß Grabert an dem fraglichen Abend mit Fraulein Gabriel zusammengetroffen sei. Auf eine Zwischenfrage erklärte Hauptmann Häber, daß Grabert Gelegenheit gehabt habe, zu entfliehen. Es wurden noch einige Zeugen vernommen, die, soweit sie verbietet waren, die Schilderung ihrer Kameraden von der Art der Verhandlungen bei der Zeugenvernehmung durch die Belgier bestätigten. Der Schwabbeamtete Würdige bestätigte, daß er am Nachmittag vor der Erschießung des belgischen Oberleutnants an der Vollmannstraße mit Grabert zusammen war. Der Zeuge kann aber nicht sagen, ob die Angeklagten an Grabert herangetreten und ihn über den Fall Schmelewski befragt hätten. Die Verhandlung wurde auf Montag vertagt.

Zu den Besprechungen Herriots mit Macdonald.

Paris, 22. Juni. Der Londoner Berichterstatter des „Zeitungsverleger“ schreibt aus Ebeuvers, Macdonald soll entschlossen sein, Herriot auseinanderzusetzen, daß es nach seiner Ansicht vergebens wäre, die Garantiepakete und die in den Dienst des Völkerbundes zu stellende bewaffnete Macht zu erörtern, solange man sich nicht über die grundlegenden Bedingungen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund einig sei. Nach der Ansicht Macdonalds stelle die militärische Befestigung des Ruhrgebietes für die Franzosen mehr Sicherheitsbürgschaft als ein Reparationsfond dar. Die Sicherheitsfrage müsse daher zuerst erörtert werden. Nach der Ansicht Macdonalds könne aber die Sicherheit Frankreichs und der Weltfriedens nur durch die Vermittlung des Völkerbundes gesichert werden unter der Bedingung, daß dieser gestärkt werde. Das letztere sei solange unmöglich, als Deutschland nicht zugelassen sei. Wenn diese Bedingung erfüllt sei, könne man allgemeine Garantiepakete abschließen, denen sämtliche Mitglieder des Völkerbundes beiträgen, zum Unterschied von Sonderabmachungen, wie die, die zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei besteht. Mit dem von Macdonald in Aussicht genommenen allgemeinen Garantiepaket könnten bestimmte militärische und wirtschaftliche Verpflichtungen sämtlicher Völkerbundmitglieder Hand in Hand gehen.

Paris, 22. Juni. Nach dem Sonderberichterstatter des „Intrantenganz“ wird in zuverlässig unterrichteten Kreisen erwartet, daß Herriot von Macdonald klipp und klar vor die Frage gestellt werden solle, ob Frankreich das Ruhrgebiet räumen wolle, damit der Dampfschiffplan zur Durchführung gebracht werden könne. In England lege man den Sachverständigenplan dahin aus, daß das Ruhrgebiet geräumt werden müsse, während nach französischer Auffassung die Sachverständigen lediglich die Räumung des Ruhrgebietes anrieten. Macdonald werde im Anschluß daran die Frage stellen, ob Herriot bereit sei, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zuzulassen, woraufhin sämtliche Sicherheits-, militärische und andere Fragen erörtert werden sollten. Das sei die Alternative, vor der Herriot stehe. Es frage sich, ob er Entschlüsse fassen werde. Das sei aber wenig wahrscheinlich und deshalb verlange Macdonald, daß die Besprechungen von Ebeuvers nur kurz seien.

Alliierten-Konferenz Mitte Juli in London.

Paris, 22. Juni. Nach Beendigung der gestern und heute in Ebeuvers gehaltenen Verhandlungen zwischen Macdonald und Herriot ist folgendes offizielle Communiqué ausgegeben worden: Im Verlaufe einer freundschaftlichen und intimen Verhandlung sind die verschiedenen durch den Sachverständigenbericht aufgeworfenen Fragen diskutiert und verschiedene Wahnahmen geäußert worden, die ergriffen werden sollen, um diesen zur Durchführung zu bringen. Er war nicht möglich, zu endgültigen Entscheidungen zu kommen, da es notwendig ist, vorher die belgische und die italienische Regierung zu konsultieren. Die Verhandlungen haben ein vollkommenes Einver-

ständnis zwischen den Ansichten der beiden Ministerpräsidenten ergeben. Man ist unter dem Vorbehalt der Zustimmung der anderen alliierten Regierungen dahin übereingekommen, daß eine Konferenz Mitte Juli in London stattfinden soll, um die durchzuführende Prozedur endgültig zu regeln. Die beiden Ministerpräsidenten haben beschlossen, gemeinsam zu Beginn der Generalversammlung des Völkerbundes einen kurzen Besuch in Genf auszuführen. Nach Ausgabe des Communiqués haben Macdonald und Herriot beschlossen, folgenden Zusatz zu veröffentlichen: Angesichts der Schwierigkeiten, die nicht nur die beiden Länder, sondern die gesamte Welt beeinflussen, haben wir uns dahin verständigt, unter uns einen moralischen Pakt zum Zwecke fortgesetzter Zusammenarbeit abzuschließen.

Poincare der ewige Gegner.

Paris, 22. Juni. Zum 8. Jahrestag der Schlacht von Verdun hat Poincare heute dort eine Rede gehalten, in der er mit Absicht gerade am heutigen Tag seine Politik zu rechtfertigen suchte. Er sagte u. a.: Wenn Deutschland seit dem Kriege einigen guten Willen bei der Durchführung des Versäiler Vertrages und ein wenig Eifer bei der Wiedergutmachung der Schäden, die es in Frankreich verursacht, bekundet hätte, so hätte man in Frankreich die gerechtfertigte Empfindlichkeit zum Schweigen gebracht. Man hätte darnach getrachtet, ohne Streit und ohne die normalen Beziehungen zu dem Nachbar in Offen wieder aufzunehmen und man hätte es nur allzu sehr begrüßt, die Erinnerungen aus dem Gedächtnis zu verwischen zu können, die die Streitigkeiten zwischen den Völkern zu vermeiden drohen. Aber es sind heute fünf Jahre verflossen, seitdem Deutschland in Versailles vor der Welt und 27 souveränen Nationen gegenüber seine Verpflichtungen übernommen. Es hat sie nicht gehalten und muß jetzt beweisen, daß es bereit ist, sie in Zukunft zu halten. Nicht mit freundlichen Reden wird man Deutschland dazu bringen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn Frankreich im Jahre 1923 ins Ruhrgebiet einmarschiert ist, so hat es vorher lange Geduld bewiesen, die niemand aus dem Gedächtnis verlieren wird. Wer könnte denn den weisen haben, daß im Mai 1921 der größte Teil der Summe, die Deutschland bis dahin bezahlen sollte, ihm erlassen worden ist? Wer könnte vergessen haben, daß im ganzen Jahre 1922 es in der nur die 1 Milliarde bezahlt hat, wie es in Artikel 1 des Londoner Zahlungsplanes festgelegt worden ist und die man Deutschland durch ein ordentliches Ultimatum abgerungen hat? Poincare behandelte in diesem Sinne die ganze Reparationsgeschichte bis zur Veröffentlichung des Sachverständigenberichts und fuhr dann fort: Die Sachverständigen haben festgestellt, daß Deutschland nicht bezahlen wollen, trotzdem es bezahlen konnte. Ob man das anerkennt, oder ob man es leugnet, die Sachverständigen haben der von Frankreich befolgte Politik vollen Recht gegeben. Wenn morgen Deutschland wohl oder übel sich vor den Schlussfolgerungen des Sachverständigenberichts beugt, so verdanken wir dieses Ergebnis der Befestigung des Ruhrgebietes. Deshalb habe ich es nicht für richtig gehalten, diese Zahlungsgarantie nicht gegen einfache Verprechen oder noch nicht erprobte Kombinationen auszugeben. Weiter sagte Poincare, seine Regierung habe erklärt, daß sie ihr Mandat, die Hölle, die Furchen, die Kohlenstern und die Ausfuhrbeschränkungen abgeben nur gegen von den Sachverständigen vorgegebene neue Pfänder ausgeben würde. Sie habe erklärt, daß sie die deutsche Wirtschaftseinheit wiederherstellen werde, sobald Deutschland den Sachverständigenbericht zur Durchführung gebracht habe. Aber weder die Sachverständigen, noch Frankreichs Alliierte hätten für den Augenblick mehr von ihm verlangt und seine Regierung habe festgestellt, daß sie aus dem Ruhrgebiet nur nach Maßgabe und im Verhältnis der deutschen Zahlungen sich zurückziehen würde. Die Räumung räum durchzuführen, heißt in seinen Augen eine schwere Unvorsichtigkeit begehen, denn Deutschland würde darin nur einen Akt der Schwäche erblicken und wieder in seine Widerwertigkeit gegen das Gesetz von Versailles zurückfallen. Der Friedensvertrag aber müsse erfüllt und der Frieden endlich wieder hergestellt werden.

Bezirks-Konsumverein Neuenbürg (Enz). Geldnot

zwingt uns zur Hauskassierung der Geschäftsanteile. Wir bitten unseren Vertrauensleuten, die mit dieser Arbeit heute beginnen, Verständnis entgegenbringen zu wollen.

Rabattmarken

auf Goldmark lautend, seit 1. 2. 24 ausgegeben, müssen wegen Jahresabschluss bis zum 30. 6. 24 aufgerechnet, in Umschlag verschlossen mit Mitglieds-Namen und Nummer versehen in den Läden abgegeben werden.

Mitgliedsbücher,

in denen die Aufwertung noch nicht vorgetragen ist, sind alsbald in den Läden abzugeben.

Sackverkauf:

Export-Säcke 1 mal gebraucht 60 Pfg., dto. 2 mal gebt. 40 Pfg., Salzsäcke 25 Pfg., Kartoffelsäcke, dieses Gewebe, 50 Pfg. Bestellungen sofort in den Läden. Abgabe nur gegen Barzahlung.

Kisten

aller Größen sehr billig.

Habe die Praxis des verstorben. Augenarztes Dr. Brinkmann, Pforzheim, übernommen.

Dr. H. Ostenried, Augenarzt, Pforzheim, Westl. 29 II.

Sprechstunde täglich in Pforzheim u. allwöchentlich Mittwoch 1/6—7 Uhr abds. In Bad Liebenzell Pension Maier, vis-à-vis vom Rathaus.

Forstamt Calmbach. Wiederverkauf von Nadelholzstangen

am Mittwoch, 25. Juni 1924, vormittags 9 Uhr, in Calmbach in der „Sonne“ aus Staatswald Eiberg Abteilung Pfommerswiese, Reistern Abt. Hütte, Kälbling Abteil. Vorderer Eban und vordere Jägerhütte: 465 Stangen I.—III. Klasse, 190 Hagstangen I.—III. Klasse.

Arnbach. Eine Kuh- und Zehrfuhr. 39 Wochen trächtig, mit dem 3. Kalb, jetzt dem Verkauf aus W. König.

Oberhausen. 200 Liter Obstmost hat zu verkaufen Wilhelm Neuster h. d. Linde.

Ottenhausen. Eine schöne hochtrachtige Kalbin ist preiswert umständehalber zu verkaufen El. Roth.

Hand-Datumstempel für Kanzleien und Büros sind sofort lieferbar. G. Nech'sche Buchdrucker.

Lungenkranke

versuchen eine Hamakar. Auskunft erteilt H. Maier, Homöopath und Naturheilkundiger, Rennfeldstrasse 21, Pforzheim, Fernruf 2218.

Forstamt Altensteig. Fichtengerbrinde-Verkauf

Im schriftlichen Auffreiß am Donnerstag, den 26. Juni 1924, nachmittags 6 Uhr, in der „Traube“ in Altensteig ca. 300 Km. walddroene Fichtengerbrinde in 10 Losen aus Staatswald I. Buhler Abt. 18 und 20 (30 Km. = Los 1), IV. Nonnenwald Abt. 3 (40 Km. = Los 2), Abt. 4 (35 Km. = Los 3), Abt. 6 (16 Km. = Los 4), Abt. 10 (20 Km. = Los 5), Abt. 14 (40 Km. = Los 6), VII. Schornhardt Abt. 17 und 18 (35 Km. = Los 7), Abt. 19 (30 Km. = Los 8), X. Eichhalde Abt. 6 und 9 (16 Km. = Los 9), Abt. 8 (35 Km. = Los 10).

Schriftliche Angebote auf die einzelnen Lose in Goldmark je 1 Km. Rinde ausgedrückt, wollen bis zum genannten Zeitpunkt beim Forstamt eingereicht werden. Der endgültige Anfall der einzelnen Lose kann erst am Verkaufstage mitgeteilt werden. Derselbe ist für den Verkauf maßgebend, wird jedoch nicht wesentlich von den oben genannten Zahlen abweichen. Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Bezirks-Wirtverein Neuenbürg.

Am Mittwoch, den 25. Juni, unternimmt der Verein einen

Familien-Ausflug nach Karlsruhe

zur Besichtigung der Ausstellung für das Hotel- und Gastwirts-gewerbe. Die Mitglieds-karten berechtigen zur Teilnahme am 49. Gastwirts-tag. Abfahrt in Neuenbürg 8.41 Uhr vorm. Der Vorstand.

Geburts-tags-Namens-tags-Künstler-Postkarten

in schöner Auswahl in der

G. Nech'schen Buchhandlung, Neuenbürg.

Bel Rheuma, Gicht Ischias, Verkalkung Lähmungen einfache Halskurven Nervenerleiden und Stoffwechsel-Krankheiten hilft die **Galvanische Wohlmuth-Kur** Unterrichten Sie sich kostenlos Wohlmut-Institut Elisabeth Barcls, Pforzheim, Deimlingst. 6, II. Verkauf. — Miete.

Sie brauchen

Rechnungen, Quittungen, Couverts, Prospekte, Statuen, Postkarten, Zahlkarten, Zahltagtaschen, Aufstiegsbroschüren, Programme, Bist-, Verlobungs- und Hochzeitskarten, Trauerbriefe, Trauerkarten, : : : Geschäftsbriefbogen, Mitteilungen. : : : Sie werden vorteilhaft und preiswert bedient in der „Enztäler-Druckerei“ in allen Arten von

Druck sachen!

Begebenheiten, Paratien, Strafe, en ein angum die Ed Konfir